

Methoden der Armutsmessung

Einkommens-, Unterversorgungs-, Deprivations- und Sozialhilfekonzept im Vergleich

Andreas Klocke

Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg, Heinrichsdamm 4, D-96047 Bamberg

Zusammenfassung: In dem Beitrag werden vier Konzepte der Armutsmessung vorgestellt und deren Ergebnisse verglichen: das Einkommens-, das Unterversorgungs-, das Deprivations- und das Sozialhilfekonzept. Ausgangspunkt ist die Hypothese, dass je nach Konzeptionalisierung des Armutsbegriffs nicht nur unterschiedliche quantitative Ergebnisse erzielt, sondern auch unterschiedliche Bevölkerungsgruppen identifiziert werden. Es wird untersucht, inwieweit die jeweiligen Armutgruppen übereinstimmen und in welcher Hinsicht sie sich unterscheiden. Datenbasis ist die Erhebung für den Familien- und Sozialbericht der Stadt Gütersloh, eine repräsentative Primärerhebung, in der 2.316 Haushalte im Frühjahr 1997 befragt wurden. Die Untersuchung zeigt, dass die vier Armutskonzepte unterschiedlichen Klassifizierungsmustern folgen und für die Erfassung einzelner Risikogruppen ungleich sensibel sind. Zugleich zeigt die Analyse, dass die Bewältigungsstrategien der in den vier Konzepten identifizierten armen Menschen sehr ähnlich sind. Ein eindeutige „bestes“ Messkonzept kann nicht bestimmt werden.

1. Einleitung

Armut ist als soziologische Kategorie nicht eindeutig bestimmt, da keine wissenschaftlich exakte Schwellensetzung (arm – nicht arm) möglich ist. Statt dessen zielt der Begriff der Armut auf die relative Schlechterstellung von Personen oder Haushalten im Vergleich zum gesellschaftlichen Durchschnitt. Die Betonung der relativen Schlechterstellung gegenüber einem absoluten Existenzminimum („absolute Armut“) unterstreicht, dass Armut in Beziehung zu einem allgemeinen soziokulturellen Lebensstandard einer konkreten Gesellschaft gesetzt wird. Das heißt, nicht nur materielle Ausstattungsmerkmale, sondern auch die Chancen der sozialen und kulturellen Teilhabe an der Gesellschaft gehören dazu (Hauser 1995; Zimmermann 1998). Damit wird ersichtlich, dass Armut nur über die Vielgestaltigkeit und die Interdependenz der ökonomischen Armutslage mit anderen Lebensbereichen (Wohnen, Bildung, Gesundheit, soziokulturelle Teilhabe, Nachbarschaft) soziologisch gehaltvoll erschließbar ist. Armut ist so in den Kontext sozialer Ungleichheit gestellt. Soziale Ungleichheit bezeichnet in Anlehnung an Max Weber die positiv oder negativ privilegierten Lebensbedingungen eines Menschen, die in ihrer Gesamtheit die Lebenschancen des Einzelnen in der Gesellschaft bestimmen. Die ungleichen Lebensbedingungen der Menschen erschließen sich über den gesellschaftlich, strukturell und dauerhaft hervorgebrachten

ungleichen Zugang zu den allgemein erstrebenswerten Gütern (Giddens 1989; Hradil 1987). Armut bezeichnet im Kontext der Theorie sozialer Ungleichheit den relativen Ausschluss von diesen allgemein erstrebenswerten Gütern. Armut liegt vor, wenn Menschen über nur so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in einer Gesellschaft als unterste Grenze des Akzeptablen annehmbar ist (Europäische Kommission 1995). Wie aber lässt sich diese „unterste Grenze des Akzeptablen“ empirisch ermitteln?

In der bundesdeutschen Forschung sind im Wesentlichen vier Wege der Armutsmessung beschrritten worden: die Einkommens-, die Unterversorgungs-, die Deprivations- und die Sozialhilfe-Armut (sie werden im Folgenden noch erläutert). Da Armut als soziologische Kategorie relativ bestimmt ist, ist es entsprechend schwierig, exakte Messanweisungen anzugeben oder Konsens darüber zu erzielen, wie die verschiedenen Methoden der Messung zu bewerten sind. Zwar hat das einkommensbasierte Maß in der empirischen Armutsforschung eine gewisse Vorrangstellung, dies jedoch weniger aus wissenschaftlicher oder methodologischer Überzeugung, als aus pragmatischer Einübung. Die Berechnung von Einkommensarmutsquoten ist vergleichsweise gut dokumentiert und kann insbesondere an vielen Datensätzen sekundäranalytisch nachgebildet werden (Kölling 1999). Die Engführung des Begriffs Armut auf die alleinige Dimension Einkom-

men ist aber weder theoretisch noch empirisch begründbar. Die Forderung, Armut umfassender konzeptionell abzubilden, wird daher in der Armutsforschung in den letzten Jahren immer wieder erhoben (Hanesch u. a. 1994; Andreß 1995; Barlösius 1995, 1998; Zimmermann 1993, 1998).

In diesem Beitrag werden die vier Methoden der Armutsmessung sowie die empirischen Ergebnisse präsentiert, die so gewonnenen Armutsgruppen miteinander verglichen und Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede herausgestellt. Hintergrund dieses Anliegens ist die oft geäußerte Vermutung, dass je nach Konzeptionalisierung des Armutsbegriffs nicht nur unterschiedliche Ergebnisse (Quoten) erzielt, sondern auch unterschiedliche Gruppen identifiziert werden (Kohl/Leisering 1982; Piachaud 1992; Andreß 1999). In welchen Merkmalen stimmen die jeweiligen Armutsgruppen überein, in welchen unterscheiden sie sich?

Um diese Fragen beantworten zu können, werden die vier Messkonzepte der Armut in enger Anlehnung an die Operationalisierung der führenden Vertreter der jeweiligen Konzeption umgesetzt. Nicht eigene Modifikationen oder Präferenzsetzungen werden präsentiert, sondern möglichst genaue Replikationen der Konzepte auf Basis eines einzigen Datensatzes.

2. Datenbasis

Die Datengrundlage für diese Analyse stellt eine Erhebung für den Familien- und Sozialbericht der Stadt Gütersloh dar. Im Frühsommer 1997 erstellte das Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik (IBS) der Universität Bielefeld einen Familien- und Sozialbericht für die Stadt Gütersloh, eine Nachbargemeinde der Stadt Bielefeld (Hurrelmann/Klocke/Palentin/Schweins 1998). Dabei wurde besonderer Wert auf die Verbreitung und die Charakteristik von Armut in der Stadt gelegt. In bewusster Absetzung zu einer Vielzahl von kommunalen Armutsberichten, die primär auf Bestandsdaten der Sozialämter beruhen, führten wir eine repräsentative (Random-Route) Primärerhebung bei 2.316 Haushalten (Befragungspersonen über 18 Jahre, ohne Anstaltsbevölkerung) der Stadt durch. Die in diesem Beitrag vorgenommenen Berechnungen und Analysen der Armutsgruppen basieren somit auf einer sozialräumlich konzentrierten, repräsentativen Stichprobe. Dies hat den Vorteil, dass unterschiedliche regionale Kontexteinflüsse bundesweiter Stichproben (z. B. Unterschiede im Arbeits- oder Wohnungsmarkt) ausgeschaltet sind. Gleichwohl sind

die Ergebnisse naturgemäß nur für die Gesamtheit der Stadt Gütersloh aussagekräftig und nicht umstandslos für die Bundesrepublik Deutschland verallgemeinerbar. Die untersuchte Stadt Gütersloh verfügt über eine moderne Infrastruktur, beheimatet bedeutende Unternehmungen der Medien-, der Maschinenbau- und der Holzverarbeitenden Industrie und weist eine im Landesdurchschnitt unterdurchschnittliche Quote nicht-deutscher Mitbürger auf (9,5 zu 11,2 %). Die Arbeitslosenquote von 9,8 % im Jahre 1997 liegt unter und das Pro-Kopf-Einkommen leicht über dem Landesdurchschnitt.¹ Mit dieser Charakteristik ist die untersuchte Stadt Gütersloh weder eine Krisenregion noch eine prosperierende Insel, sondern weist sozialstrukturelle Grundzüge einer „typischen“ westdeutschen mittelgroßen Stadt auf. Das generelle Problem aller Armutsmessungen, die auf Befragungen von Haushalten/Personen fußen, dass nämlich ganz besonders von Armut betroffene Randgruppen wie Obdachlose und Anstaltsinsassen nicht erreicht werden bzw. in der Stichprobenanlage gänzlich ausgeschlossen sind, teilt auch diese Untersuchung. Die bereinigte Nettostichprobe beträgt $N=2.257$. Die standardisierte face-to-face-Befragung dauerte durchschnittlich 40 Minuten, und es konnten in 78 % aller angelaufenen Zielhaushalte die Interviews realisiert werden. Der Fragebogen wurde in einem Pretest auf Verständlichkeit und Validität getestet ($N=50$). In Tabelle 1 wird die Stichprobe charakterisiert.

Die Soziodemographie der Stichprobe weist einen größeren Anteil Frauen aus, was mit der Befragungszeit zwischen 10 Uhr und 19 Uhr erklärt werden kann. Weiterhin sind die jüngeren Altersgruppen etwas stärker und die älteren schwächer besetzt. Gravierendere Abweichungen zeigen sich jedoch in der Haushaltsstruktur: Die Einpersonenhaushalte sind entsprechend ihrer geringeren Erreichbarkeit deutlich unterrepräsentiert. Da aber die Haushaltsgröße für Armutsberechnungen besonders bedeutsam ist, werden die folgenden Armutsanalysen mit einem Haushaltsgewicht durchgeführt.²

¹ Bezugsquelle ist das Statistische Jahrbuch 1998, Bestandszahlen zum 31.12.1997, hrsg. vom Statistischen Bundesamt 1998.

² Bei der Gewichtung handelt es sich um eine Transformation von der Haushaltsebene auf einen Personendatensatz sowie ein Redressment nach der Haushaltsstruktur. Die Zahlen wurden mit einer Konstante auf das N der Stichprobe normiert (vgl. hierzu Rothe 1990; Gabler/Hoffmeyer-Zlotnik/Krebs 1994).

Tabelle 1 Stichprobenstruktur und Grundgesamtheit in Prozent

Sozialmerkmale	Stichprobe	Grundgesamtheit*
Geschlecht		
männlich	42,0	47,7
weiblich	58,0	52,3
Alter		
18–21 Jahre	5,5	4,2
21–40 Jahre	37,0	36,6
40–65 Jahre	41,9	39,7
über 65 Jahre	15,6	19,4
Nationalität		
deutsch	94,5	90,5
nicht-deutsch	5,5	9,5
Haushaltsgröße**		
Einpersonenhaushalte	6,5	13,3
Zweipersonenhaushalte	22,3	29,4
Dreipersonenhaushalte	22,8	21,0
Vier- und mehr Personenhaushalte	48,5	36,4
N	2257	75050

Datenbasis: Sozial- und Armutsbericht der Stadt Gütersloh 1997, N = 2257.

* Sozialstatistik der Stadt Gütersloh, 26.9.1997, nur Personen über 18 Jahre.

** Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen, Haushaltsstrukturzahlen für die Kreise Gütersloh und Herford 1997.

3. Ergebnisse der Armutsberechnungen

3.1 Berechnung der Einkommensarmut

Von Einkommensarmut wird gesprochen, wenn das Nettoeinkommen einer Person weniger als die Hälfte des (bedarfsgewichteten) durchschnittlichen Einkommens beträgt. Die Ressource Einkommen wird hier als zentral angesehen, da sie auf Grund ihres universellen Charakters auch zur Kompensation von Defiziten in anderen Lebensbereichen genutzt und damit stellvertretend zur Messung von Armut herangezogen werden kann. Zur Berechnung der Einkommensarmut wird das monatliche Haushaltsnettoeinkommen in Beziehung zu der Anzahl und dem Alter der Haushaltsmitglieder gesetzt (äquivalenzgewichtetes Durchschnittseinkommen). Armut wird dann als ein Einkommen unterhalb von 50 % vom äquivalenzgewichteten Durchschnittseinkommen (arithmetisches Mittel oder Median) definiert.

Der Vergleich unterschiedlicher Haushaltskonstellationen ist durch die Vergabe der Personengewichte, die nach Anzahl und Alter der Personen variieren, erreicht. Diese Gewichte berücksichtigen das rationellere Haushalten von mehreren Personen im Haushalt. Es lassen sich zwei Berechnungsweisen

der Personengewichte unterscheiden: A) nach den Regelsatzproportionen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) und B) nach den Ansätzen der Organization for Economic Cooperation and Development (OECD). Die Personengewichte nach dem Bundessozialhilfegesetz und nach den Gewichten der OECD (neue Skala) sehen wie folgt aus:

Personengewicht nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG): 1. Person über 18 Jahre (1,0); alle weiteren Personen über 18 Jahre (0,8); Kinder im Alter von 0–6 Jahre (0,5); Kinder im Alter von 7–13 Jahre (0,65) und Kinder im Alter von 14–17 Jahre (0,9) (Bundessozialhilfegesetz 23.3.1994, § 22).

Personengewicht nach der Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) (neu): 1. Person über 18 Jahre (1,0); alle weiteren Personen über 15 Jahre (0,5) und Kinder im Alter von 0–15 Jahre (0,3) (Ramprakash 1994).

In der Bundesrepublik Deutschland wird üblicherweise die Regelung des BSHG zur Berechnung der Armutsquoten sowie der arithmetische Mittelwert als Bezugsgröße gewählt (Habich/Krause 1997; Hauser 1995). Dies hat den Vorteil, dass viele Ergebnisse der Armutsforschung unmittelbar mit Bezug auf die Regelsätze des BSHG interpretiert werden können. Vor diesem Hintergrund wird auch hier die BSHG-Skala sowie der arithmetische Mittelwert zur Armutsberechnung herangezogen. Zur Vollständigkeit und zu Vergleichszwecken wird in den nächsten Schritten zunächst aber auch die Armutsberechnung nach der OECD (neu) Skala sowie die Berechnung der Armutsquote über den Median mit aufgeführt.³

Das mittlere äquivalenzgewichtete Haushaltseinkommen nach den BSHG-Gewichten liegt in Gütersloh bei 1.921 DM. Im Vergleich zum Äquivalenzeinkommen für Westdeutschland im Jahre 1997 von 1.908 DM (Sozioökonomisches Panel (SOEP) 1997, eigene Berechnungen) liegt es nur unwesentlich darüber. Die Armutsquoten werden berechnet, indem das äquivalenzgewichtete Durchschnittseinkommen nach 40 % (strenge Armut), nach 50 % (Armut) und nach 60 % (Niedrigeinkommen) organisiert wird. Die 50 %-Marke (arithmetischer Mittelwert) stellt hierbei den Richt- und Vergleichswert der Einkommensarmut dar (Hauser 1995). Die Grenze der relativen Armut lag in Westdeutschland im Jahre 1997 bei 954 DM äquivalenz-

³ Die Personengewichte nach der alten OECD Skala sehen wie folgt aus: 1. Person über 18 Jahre (1,0), alle weiteren Personen über 15 Jahre (0,7), und Kinder unter 15 Jahren (0,5) (Ramprakash 1994).

Tabelle 2 Armutsquoten nach Art der Einkommensberechnung in Prozent

Armutsquoten	BSHG Mittelwert	BSHG Median	OECD neu Mittelwert	OECD neu Median
Äquivalenzeinkommen in DM*	1908	1700	2405	2200
Strenge Armut (40 %)	5,8	4,2	5,2	4,1
Relative Armut (50 %)	13,1	9,6	11,0	7,9
Niedrigeinkommen (60 %)	21,4	15,6	20,4	14,1

Datenbasis: Sozial- und Armutsbericht der Stadt Gütersloh 1997, N = 2257.

* Die Durchschnittseinkommen beziehen sich auf Westdeutschland, Datenbasis: SOEP 1997, eigene Berechnungen.

gewichtetem Durchschnittseinkommen. Wird der westdeutsche Grenzwert von 954 DM angelegt, so sind in Gütersloh 13,1 % der Menschen von Armut betroffen. Tabelle 2 präsentiert Einkommensarmutsquoten nach verschiedenen Berechnungskonventionen.

Mit einer relativen Armutsquote (BSHG; 50 % arithmetischer Mittelwert) von 13,1 % liegt Gütersloh exakt im Bundesdurchschnitt (West) von 13,0 % im Jahre 1995 (Habich/Krause 1997: 518). Die aktuellen Armutsquoten auf Basis des SOEP 1997 liegen für Westdeutschland bei nur 8,4 % (eigene Berechnungen; ähnlich Strohmeier o. J.).⁴ Im Vergleich zu den Armutsquoten auf Basis des SOEP 1995 (13,0 % für Westdeutschland) oder des Mikrozensus 1996 (12,6 % für Westdeutschland bzw. 13,4 % für NRW), liegt die Einkommensarmutsquote in Gütersloh innerhalb einer erwartbaren Bandbreite (siehe auch Kölling 1999).

Eine Berechnung entlang des Median führt bei einer rechtsschiefen Kurve wie der Einkommensverteilung notwendigerweise zu geringeren Armutsquoten als die Berechnung über den arithmetischen Mittelwert (Weik 1996). Obwohl die Median-Berechnung in einer asymmetrischen Verteilung wie der Einkommensverteilung durchaus sinnvoll ist, erschwert dies jedoch den Vergleich zu anderen Studien. In der Bundesrepublik ebenso wie in der Europäischen Union wird üblicherweise der arithmetische Mittelwert zur Berechnung der (40-, 50- oder 60 %-)Einkommensarmutsquoten herangezogen (Hauser 1995). Eine Berechnung der 50 %-Armuts-

quote in Gütersloh anhand des Median und der BSHG Regelsatzproportionen führt zu einer Quote von 9,6 % gegenüber den zuvor ausgewiesenen 13,1 %.

Ein besonderes Problem aller Armutsmessungen anhand der Einkommensressource besteht in der Tendenz, dass die in sozialwissenschaftlichen Umfragen befragten Personen dazu neigen, geringe Einkommen zu überzeichnen (überhöhen) und höhere Einkommen zu unterzeichnen (verringern) und damit die tatsächliche Spannweite der Einkommensverteilung unterschätzt wird (Eggen 1998: 64; Wagner 1991; Hauser 1998). Im Rahmen der Untersuchung der Einkommensverteilung führt dies zu einem homogenen Bild als es tatsächlich der Fall ist. Dies bedeutet auch, dass die Armutsmessung unscharf wird, da die Verteilung an den Polen (unten, oben) gekappt und insgesamt gestaucht ist.⁵

3.2 Berechnung der Unterversorgungsarmut (Lebenslagenansatz)

Armut wird in diesem Konzept durch eine kumulative Unterversorgung in verschiedenen Lebensbereichen ermittelt. Dieser Ansatz geht auf die frühen Arbeiten von Gerhard Weisser (1956) zurück, ohne jedoch dessen ursprünglich enthaltene Verbindung von Lebenslage und Handeln der Menschen systematisch zu berücksichtigen. Für die einzelnen Lebensbereiche wird jeweils eine Unterversorgungsschwelle festgesetzt, die sich an den Verteilungen

⁴ Nach Rücksprache mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin ist bisher nicht geklärt, wie diese deutliche Abnahme der Armutsquote von 13,0 % im Jahre 1995 auf 8,4 % im Jahre 1997 zustande kommt. Neben realen Veränderungen der Einkommensentwicklung und sozialpolitischen Leistungssteigerungen können Methodeneffekte im SOEP 1997 (neue Stichprobenstruktur und Hochrechnungsfaktoren sowie Änderungen der Formulierung der Einkommensfrage) nicht ausgeschlossen werden.

⁵ Die Einkommensfrage in dem Familien- und Sozialbericht ist analog dem ALLBUS (1996) formuliert. Nach einer offenen Abfrage des Haushaltsnettoeinkommens wurde bei Verweigerung der Antwort den Befragten eine Liste mit neun Einkommensklassen vorgelegt. Es wurden dann die Mittelwerte der Einkommensklassen der offenen Variable zugespielt. Bei der nach unten bzw. oben offenen Einkommensklasse (unter 1.000 DM bzw. mehr als 7.500 DM im Monat) wurde mit dem Medianwert aus der offenen Frageformulierung für diese Einkommensrubrik weitergerechnet.

Tabelle 3 Lebenslagen, Indikatoren, Unterversorgungsschwellen und Einzelunterversorgungsquoten

Lebenslage	Indikator*	Unterversorgungsschwelle*	Quote
Einkommen	Haushaltsnettoeinkommen	50 % des äquivalenzgewichteten Durchschnittseinkommens nach BSHG	13,1 %
Arbeit	Erwerbsstatus und Arbeitsplatzsicherheit	Arbeitslos oder sehr unsicheres Arbeitsverhältnis	22,7 %
Bildung	Bildungsabschluss oder Berufsausbildung	kein allgemeiner Bildungsabschluss oder kein Berufsabschluss	16,8 %
Wohnen	Wohnraumversorgung pro Haushaltsmitglied	weniger als ein Raum pro Person	1,4 %

* Quelle: Hanesch u. a. 1994; Zimmermann 1998.

dieser Merkmale in der Gesamtbevölkerung orientiert. Auch hier sind keine objektiven Unterversorgungsschwellen zu benennen. Das Konzept geht von mehreren Lebensbereichen aus, die für ein soziokulturell angemessenes Leben als zentral angesehen werden. Es überwindet so die Begrenzung der Einkommensarmut. Keineswegs geklärt ist aber die Frage, welche Lebensbereiche in die Analyse einbezogen werden sollen und wie die Schwellenwerte zu bestimmen sind. Obwohl in der Armutsdiskussion einhellig der multidimensionale und ganzheitliche (sozialökologische) Charakter der Armut hervorgehoben wird, gibt es nur wenige Studien, die dieses Konzept in der Analyse nutzen. Die nach wie vor beste Quelle ist der Armutbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes auf Basis des Sozioökonomischen Panels von 1992 (Hanesch u. a. 1994). Dort wird davon ausgegangen, dass Armut dann vorliegt, wenn in mindestens zwei von vier zentralen Lebensbereichen eine Unterversorgung erkannt wird. Als zentrale Lebensbereiche werden angenommen: Einkommen, Arbeit, Ausbildung und Wohnen (Hanesch u. a. 1994). Darüber hinaus lassen sich noch weitere Bereiche anführen, wie Gesundheit, Freizeit oder kulturelle Teilhabe, die hier jedoch als abgeleitet verstanden werden (vgl. aber Zimmermann 1998; Glatzer/Hübinger 1990; Glatzer/Noll 1995).

Ein Problem der Messung besteht darin, dass nur Personen Berücksichtigung finden können, die merkmalsfähig sind, also bspw. auf Grund ihres Alters über eine abgeschlossene allgemeine Schul- oder Berufsausbildung verfügen oder auf dem Arbeitsmarkt auftreten können. Da der Haushaltskontext für die Lebenslage der Haushaltsmitglieder entscheidend ist, wird in den folgenden Analyseschritten die Unterversorgung immer haushaltsbezogen gefasst: Wenn mindestens ein Haushaltsmitglied eine Unterversorgung in einem zentralen Lebensbereich aufweist, wird dies entsprechend ge-

zählt (siehe hierzu Zimmermann 1998: 44 f.). Bei den individualisierten Merkmalen Arbeit und Bildung führt dies zu der etwas eigentümlichen Situation, dass zwei Erwachsene jeweils eine unterschiedliche Unterversorgungslage erfahren mögen und dann gemeinsam eine Armutssituation des Haushalts begründen. In Tabelle 3 sind die Lebensbereiche, die Unterversorgungsschwellen und -quoten dargestellt.

Die Unterversorgungsschwellen orientieren sich an Ergebnissen der jeweiligen Bereichsforschungen. So ist die Unterversorgungsschwelle im Lebensbereich Einkommen analog der Einkommensarmut definiert. Im Bereich Arbeit wird die Arbeitslosigkeit oder ein subjektiv als „sehr unsicher“ bewertetes Arbeitsverhältnis als Unterversorgung gewertet (Hausfrauen/-männer werden nicht, arbeitslose Hausfrauen/-männer werden jedoch als unterversorgt gezählt). Im Bildungsbereich ist es ein fehlender allgemeiner Bildungs- oder ein fehlender Berufsabschluss, der als Unterversorgung verstanden wird. Im Wohnbereich wird eine Unterversorgung festgestellt, wenn weniger als 1 Raum pro Person im Haushalt (ohne Küche, keine Mindestgröße der Räume) vorhanden ist (vgl. Hanesch u. a. 1994; Zimmermann 1998).⁶

Armut wird in diesem Messkonzept als Unterversorgung in mehreren Lebensbereichen definiert, wobei die Anzahl der Lebensbereiche nicht eindeutig bestimmt bzw. definitorisch offen bleibt. Die Regel, nach der zwei von vier Lebensbereichen eine Unterversorgung aufweisen müssen, um eine Armutssituation zu definieren, ist nicht explizit be-

⁶ Angemerkt sei, dass Einpersonenhaushalte im Lebensbereich Wohnen keine Unterversorgung erfahren können, da ein Wohnraum die Voraussetzung ist, um als Haushalt gezählt und in der Stichprobe berücksichtigt zu werden. Bewohner von Anstalten, Untermeier usw. sind nicht erfasst.

gründet und es ist nicht geklärt, ob diese Regel verlängert werden kann zu drei Unterversorgungslagen von sechs Lebensbereichen usw. Die hier angewandte Berechnung in Anlehnung an Hanesch u. a. (1994) und Zimmermann (1998) führt zu dem Ergebnis, dass 14,3 % der Menschen eine Unterversorgung in mindestens zwei von vier Lebensbereichen erfahren und nach diesem Konzept in der Stadt Gütersloh in Armut leben.

3.3 Berechnung der Deprivationsarmut

Ein gänzlich anderer Weg der Armutsmessung geht zurück auf britische und niederländische Arbeiten, die von Hans-Jürgen Andreß in die bundesdeutsche Diskussion eingeführt wurden (Mack/Lansley 1985; Muffels 1993; Andreß/Lipsmeier 1995, 1998; Andreß u. a. 1996; Andreß 1999; Lipsmeier 1999). Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass nicht der Sozialwissenschaftler die Standards oder Grenzwerte der Armut in einem Akt „informierter Willkür“ (Dahrendorf) setzt, sondern es wird auf empirischer Basis zunächst dieser allgemein notwendige Lebensstandard aus Sicht der Bevölkerung ermittelt (Andreß 1995: 196). Als arm werden dann die Personen klassifiziert, die über eine bestimmte Anzahl dieser als notwendig angesehenen Ausstattungsmerkmale des Lebensstandard nicht verfügen, weil sie sich diese Dinge aus finanziellen Gründen nicht leisten können.

Aus einer weitgefächerten Itemliste (siehe Andreß u. a. 1996) werden zunächst die Items isoliert, von denen mindestens die Hälfte der Befragten der Meinung sind, dass sie zum notwendigen Lebensstandard („unbedingt notwendig“ bzw. „eher notwendig“) gehören (vgl. auch Andreß/Lipsmeier 1998: 37 ff.). Es werden von den Items, die als notwendiger Lebensstandard in der Bundesrepublik angesehen werden, diejenigen isoliert, die Dinge umfassen, die sich die Befragten selbst aus „finanziellen Gründen“ nicht leisten können bzw. nicht haben. Jedes auf Grund von finanziellen Engpässen fehlende Ausstattungsmerkmal wird als Deprivation aufgefasst. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass die Dinge, auf die bewusst verzichtet wird („Lebensstil“), nicht als Deprivation gewertet werden. Von den Befragten wurden acht Items des notwendigen Lebensstandards genannt, ohne Berücksichtigung der auf Kinder bezogenen Items. Mit den „Kinderitems“ sind es dann zwölf Items des notwendigen Lebensstandards (Tab. 4). Somit ergeben sich folgende Versorgungs- bzw. Deprivationsmöglichkeiten: kein Item fehlt (100 % Versorgungsgrad) bis

hin zu acht bzw. zwölf Items fehlen (völlige Deprivation). Um die Familien ohne Kinder mit denen mit Kindern vergleichen zu können, werden im Folgenden nun Prozentwerte der fehlenden Items herangezogen, damit die beiden Gruppen miteinander vergleichbar werden (vgl. hierzu Andreß/Lipsmeier 1995). Andreß/Lipsmeier schlagen in Anlehnung an Mack/Lansley (1985) vor, dass Fälle, in denen mindestens 20 % der als „unbedingt notwendig“ angesehenen Ausstattungsmerkmale fehlen, eine Armutslage definieren (Andreß/Lipsmeier 1995:47). In den hier analysierten Daten wird aus arithmetischen Gründen die etwas strengere Schwellensetzung von mindestens 25 % gewählt, die dann für die deprivationsbasierte Armutsquote folgendes Bild ergibt: In den Haushalten ohne Kinder kommen acht als „lebensnotwendig“ eingeschätzte Items zur Anwendung, 25 % hiervon entspricht zwei Items. Das heißt, wenn in diesen Haushalten zwei (oder mehr) der lebensnotwendigen Items fehlen, dann liegt eine Armutssituation vor. In den Haushalten mit Kindern kommen zwölf als „lebensnotwendig“ eingeschätzte Items zur Anwendung, 25 % hiervon entspricht drei Items. Dies wiederum heißt, wenn in diesen Haushalten drei (oder mehr) der lebensnotwendigen Items fehlen, dann liegt eine Armutssituation vor. Über diese 25 %-Schwellensetzung ist es möglich, beide Haus-

Tabelle 4 Bewertung der Items des allgemeinen notwendigen Lebensstandard (Angaben in Prozent)

	unbedingt notwendig
Gas-, Wasser-, Heizungs- und Stromrechnungen bezahlen können	99
Medizinische Behandlung mitfinanzieren können	95
Finanzielle Rücklagen für Notfälle haben	91
In einer guten Wohngegend leben	85
Ein Auto haben	84
Sich einen Urlaub leisten können	83
Einen Garten, Balkon oder Terrasse haben	80
Einmal im Jahr ein Geschenk machen können	80
Nur Haushalte mit Kindern	
Spielzeug kaufen können	92
Eine außerschulische Ausbildung finanzieren können	91
Eigenes Schlafzimmer für das Kind	88
Kindergeburtstag feiern können	78

Datenbasis: Sozial- und Armutsbericht der Stadt Gütersloh 1997, N = 2257.

haltstypen zusammenzufassen und die Armutsquote gemeinsam auszuweisen: Danach erfahren 9,5 % der Bevölkerung in der Stadt Gütersloh eine Deprivation, die als Armutssituation interpretiert wird.

Eine andere Möglichkeit der Berechnung der Deprivationsarmut besteht in der Konstruktion eines linearen Index, der alle abgefragten Items berücksichtigt. Dazu werden die Einzelitems mit der Häufigkeit der Bewertung als „notwendig“ gewichtet (vgl. Halleröd/Bradshaw/Holmes 1997; Böhnke/Delhey 1999). Dieser „Proportionale Deprivations-Index“ (PDI) hat den Vorteil, dass alle Items berücksichtigt werden. Es ergibt sich aber das Problem, dass eine Armutspopulation nicht exakt berechnet, sondern der Index nur in Dezile oder Quintile eingeteilt werden kann. Böhnke/Delhey (1999) favorisieren auf Basis des Wohlfahrtssurvey 1998 eine Größenordnung von 20 % der Bevölkerung, die in der Bundesrepublik als „deutlich unterversorgt“ bzw. depriviert angesehen werden kann (ebd.: 21). Wird in Anlehnung an die Quote von 9,5 % auf Basis der Berechnung nach Andreß/Lipsmeier eine Armutsgrenze von ebenfalls 9,5 % auf dem proportionalen Deprivationsindex gewählt, so können die beiden Maße hinsichtlich ihrer Übereinstimmung betrachtet werden. Dabei zeigt sich, dass 98,4 % der Fälle richtig zugeordnet werden (entweder arm oder nicht-arm). Nur in 28 Fällen (1,6 %) erfolgt eine inkonsistente Zuordnung. Damit kommen die beiden Auswertungsanweisungen des Instruments zu weitgehend deckungsgleichen Ergebnissen. Im Folgenden wird mit der Variable nach Andreß/Lipsmeier weitergerechnet, da dort eine interne Anweisung für die Bestimmung der Größenordnung enthalten ist.

3.4 Berechnung der Sozialhilfearmut

Ein häufig in der politischen Diskussion herangezogener Indikator der Armutsentwicklung ist der Bezug von Sozialhilfe. Im Rückgriff auf das Verständnis von Armut als Bedürftigkeit (Simmel 1995) wird dieses Maß aber auch in wissenschaftlichen Armutsanalysen benutzt (Leibfried/Leisering u.a. 1995; Olk/Rentzsch 1997). Obwohl der Bezug von Sozialhilfe zunächst eine klare Armutsbestimmung suggeriert, verlagert er nur das Problem der Messung, da der Anspruch auf staatliche Unterstützung über eine Bedürftigkeitsprüfung erfolgt, die auf dem Verständnis des Ausschlusses von der untersten Stufe der üblichen Lebensweise in der Gesellschaft fußt. In der Regel wird die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt als Sozialhilfebezug erfasst. Sie bezieht sich auf den Mindestbedarf von Per-

sonen und die Regelsätze werden über den Warenkorb bzw. über die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) bestimmt. Ein großes Problem der Sozialhilfe als Gradmesser der Armut ist die Dunkelziffer. Schätzungen gehen, je nach sozialer Gruppe, von 50 % bis 100 % der Berechtigten aus, die von ihrem Rechtsanspruch, aus welchem Grund auch immer, keinen Gebrauch machen (Hauser/Hübinger 1993; Neumann/Hertz 1998). Eine direkte Abfrage des Sozialhilfebezugs ebenso wie der Bezug von Arbeitslosengeld oder -hilfe ist in sozialwissenschaftlichen Umfragen zudem nicht verlässlich, da viele Personen diese Angabe verweigern bzw. verschweigen.

Sollen die Probleme der Dunkelziffer und der Antwortverweigerungen umgangen werden, so muss die Zahl der Sozialhilfberechtigten anhand der vorliegenden Daten ermittelt werden. Dazu wird die Sozialhilfeschwelle berechnet und der Kreis der Sozialhilfberechtigten geschätzt. Die so ermittelte Zahl kann sich im Einzelfall erheblich von der tatsächlichen Handhabung durch das Sozialamt unterscheiden, da der Sozialhilfebezug eine sehr individualisierte Leistung ist. Insbesondere einmalige Beihilfen (Kleidung, Hausstand) und der Mehrbedarf (alte Menschen, Behinderte) können an den Daten nicht oder nicht exakt nachgezeichnet werden. Weiterhin gibt es eine Reihe kleinerer Unschärfen, die die Ermittlung der Wohn- und Heizkosten sowie die Ineinsetzung von Bedarfsgemeinschaften und Haushalten betreffen (vgl. Andreß 1999).

Werden diese Ungenauigkeiten akzeptiert, dann können die Eckregelsätze des BSHG für das jeweilige Jahr und Bundesland zur Basis genommen und mit den Haushaltsäquivalenzskalen des BSHG multipliziert werden (vgl. hierzu die Ausführungen zur Berechnung der Einkommensarmut). Hinzugerechnet werden die Kosten für Wohnen und Heizen, die mit einer vom Sozialamt der Stadt Gütersloh festgesetzten Kappungsgrenze für die maximal anrechenbare Wohnfläche sowie den Miet- und Heizkosten versehen sind. Einmalige Leistungen werden hier pauschal mit 10 % der Eckregelsätze in Anrechnung gebracht, der Mehrbedarf (Behinderungen, alte Menschen) bleibt unberücksichtigt. In Tabelle 5 wird am Beispiel eines Vierpersonenhaushalts die Schätzung der Sozialhilfberechtigten demonstriert.

Wer unter die für die einzelnen Haushaltskonstellationen ermittelte Sozialhilfeschwelle fällt, wird als sozialhilfearm gezählt. Eine so durchgeführte Berechnung der Sozialhilfberechtigten ergibt eine Quote von 8,8 % der Bevölkerung in der Gemeinde Gütersloh. Dagegen wurde auf Grundlage der tat-

Tabelle 5 Berechnung der Sozialhilfeschwelle für einen Paarhaushalt mit zwei Kindern im Alter von vier und acht Jahren in der Stadt Gütersloh am 31.12.1997*

Eckregelsatz 1. Person im HH	539 DM
Eckregelsatz 2. Person im HH (> 18 Jahre)	431 DM
Eckregelsatz 1. Kind im HH 4 Jahre	270 DM
Eckregelsatz 2. Kind im HH 8 Jahre	350 DM
Einmalige Leistungen, pauschal 10 % der Eckregelsätze	1. Person = 54 DM + 2. Person = 43 DM + 1. Kind = 27 DM + 2. Kind = 35 DM insgesamt = 159 DM
Kaltniete + Nebenkosten**	1. Person max. 45 qm = 45 qm jede weitere Person max. 15 qm (3 x 15 qm) = 45 qm zusammen = 90 qm 90 qm zu max. 10 DM/qm = 900 DM
Heizkosten**	max.: 1. Person = 50 DM jede weitere Person 20 DM (3 x 20 DM) = 60 DM insgesamt = 110 DM
abzüglich eines eigenen Einkommens	
Sozialhilfeschwelle	2759 DM

* Ansätze und Zahlen für das Jahr 1997 in der Stadt Gütersloh.

** Die Kappungsgrenzen für die maximal anrechenbare Wohnfläche und der Heizkosten ergeben sich durch die Regelungen des Sozialamtes der Stadt Gütersloh im Jahre 1997.

sächlich beantragten und geleisteten Sozialhilfe zum Jahresende 1997 in der Stadt Gütersloh eine Sozialhilfedichte von 4,3 % gezählt.⁷ Damit ergibt sich eine Dunkelziffer von 51 % der Berechtigten, die keine Sozialhilfe beantragen. Diese zunächst erschreckend hohe Ziffer liegt jedoch – wie erwähnt – innerhalb der Bandbreite, die bei ähnlichen Berechnungen erreicht werden (Hauser/Hübinger 1993; Neumann/Hertz 1998). In den weiteren Analysen wird mit der geschätzten Gruppe der Sozialhilffearmen von 8,8 % gerechnet.

4. Vergleich der Armutsmaße

Eine Überprüfung der Armutsmaße hinsichtlich ihrer Trefferwahrscheinlichkeit oder der „richtigen“ Klassifizierung der Armut ist schwierig, da kein objektives Überprüfungskriterium vorliegt. Es wird zwar übereinstimmend festgehalten, dass eine Armutssituation mit einer erhöhten psychischen Belastung einhergeht, es kann jedoch nicht gesagt werden, dass nur das Armutsmaß überzeugend ist, welches die stärksten Korrelationen zu Belastungskennwerten produziert. In den nächsten Abschnit-

ten wird es folglich darum gehen, die Strukturen und Charakteristika der vier Armutsmaße im Vergleich zu präsentieren. Gehen wir davon aus, dass die Konstruktvalidität der vier Ansätze über die Literatur hinreichend belegt ist und hier richtig operationalisiert wurde, dann interessiert zunächst die Reliabilität der vier Maße. Eine entsprechende Überprüfung mittels wiederholter „split-half-tests“ zeigt keine signifikanten Abweichungen (hier nicht ausgewiesen). Werden die vier Wege der Armutsmessung summarisch betrachtet, so lässt sich folgende Verteilung der Armutsquoten vornehmen: die Quote der Sozialhilfeberechtigten (8,8 %) und die Quote der Deprivation (9,5 %) liegen mit vergleichsweise geringen Quoten relativ dicht beieinander, ebenso wie die Quoten der Einkommensarmut (13,1 %) und der Unterversorgung (14,3 %) mit deutlich größeren Quoten. Immerhin ist die Unterversorgungsarmut um zwei Drittel größer als die Sozialhilffearmut.

Neben der Größenordnung der Armutsgruppen ist von besonderem Interesse, ob die verschiedenen Zugangswege zur Armutsmessung dieselben Bevölkerungsgruppen identifizieren, oder ob es gravierende Unterschiede je nach dem gewählten Weg der Armutsmessung gibt. Dazu wird die Verbreitung der Armut nach soziodemographischen Merkmalen aufgezeigt. Abbildung 1 stellt die Verbreitung der

⁷ Quelle: Statistik des Einwohnermeldeamtes der Stadt Gütersloh, Bestandszahlen am 31.12.1997.

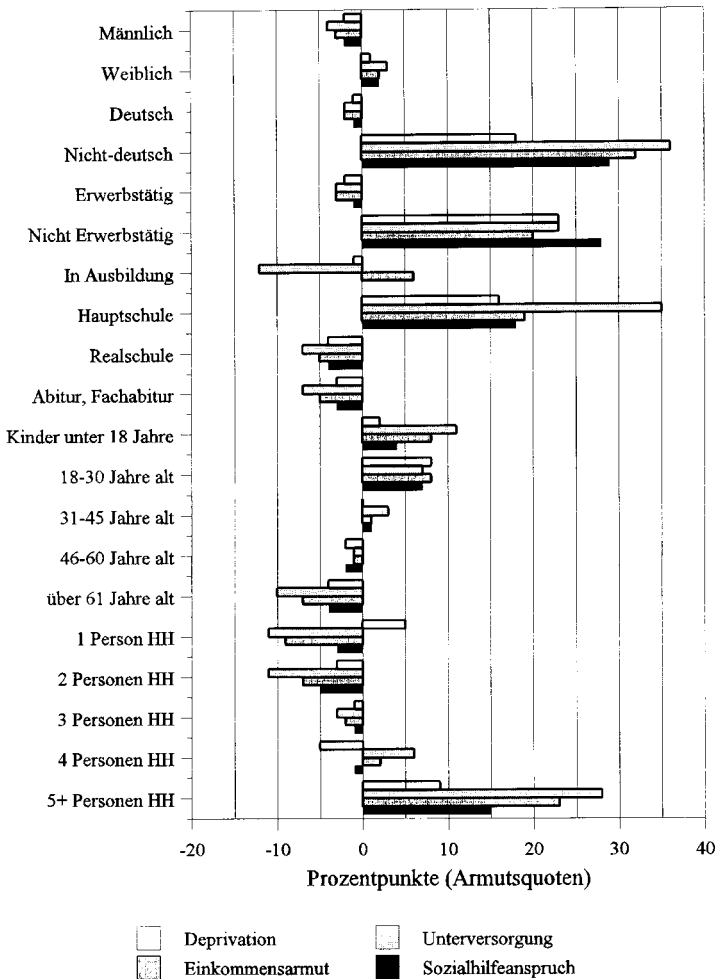


Abb. 1 Verbreitung der Armut nach soziodemographischen Merkmalen
 Abweichungen vom Durchschnitt
 Datenbasis: Sozial- und Armutsbericht der Stadt Gütersloh 1997, N = 2257.

Armut in einzelnen Bevölkerungsgruppen dar. Dabei sind die Abweichungen (in Prozentpunkten) vom Durchschnitt ausgewiesen. Es ist so gut erkennbar, welche Bevölkerungsgruppen in welchem Armutskonzept über- oder unterproportionale Armutsdichten aufweisen.

Die Abbildung bestätigt den allgemeinen Befund der Armutforschung: nicht-deutsche, nicht-erwerbstätige, gering qualifizierte und jüngere Personen sowie Personen in großen Haushalten und damit verbunden Kinder (unter 18 Jahre) sind überproportional von Armut betroffen. Bis auf zwei Ausnahmen zeigt sich dieses Ergebnis in allen vier Armutskonzepten. In der Gruppe der Schüler, Lehrlinge und Studenten („In Ausbildung“) zeigt sich ein uneinheitliches Bild, in dem nach dem Messkonzept der Deprivation und der Unterversorgung eine

unterdurchschnittliche, nach dem Einkommens- und Sozialhilfekonzept hingegen eine leicht überdurchschnittliche, Armutskonzentration in dieser Bevölkerungsgruppe vorliegt. Eine zweite Ausnahme betrifft die Armutsdichten in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße. In den Einpersonenhaushalten sticht das Armutsmaß der Deprivation hervor, das hier als einziges Maß eine überdurchschnittliche Armutskonzentration ausweist. In den Zwei- und Dreipersonenhaushalten zeigt sich in allen Armutsmaßen eine unterdurchschnittliche Armutskonzentration. In den Vierpersonenhaushalten ist das Bild uneinheitlich und in den Fünf- und Mehrpersonenhaushalten ist durchgängig eine überproportionale Armutsdichte ablesbar. An diesen beiden „Ausnahmen“ können erste Unterschiede in den Messabweichungen der vier Armutskonzepte abgelesen werden,

Tabelle 6 Indikatoren des Lebensstandards nach den vier Armutsgruppen
Mittelwerte (Standardabweichungen in Klammern), Prozentanteil

Lebensbereiche	Unterversorgung	Einkommen	Deprivation	Sozialhilfe	Insgesamt
Durchschnitts- einkommen	935 DM (421)	732 DM (161)	1134 DM (581)	680 DM (169)	1921 DM (1321)
Wohnfläche pro Kopf	23,03 qm (8,89)	25,37 qm (10,91)	31,87 qm (17,87)	25,66 qm (13,25)	41,73 qm (22,21)
PDI *	17,35 (19,95)	16,71 (21,0)	38,41 (15,37)	21,09 (22,21)	5,53 (12,43)
Subjektiv **					
Sozialhilfefall	14,2 %	15,8 %	21,1 %	24,2 %	3,4 %

Datenbasis: Sozial- und Armutsbericht der Stadt Gütersloh 1997, N = 2257.

* PDI = Proportionaler Deprivationsindex (0 = keine Deprivation, 100 = vollständige Deprivation).

** Abgefragt wurde, ob ein Anspruch auf Sozialhilfe vermutet wird.

indem das Unterversorgungskonzept seltener Lehrlinge und Studenten als „arm“ misst. Dieses Konzept stellt keine Unterversorgung fest, weil die Mindestanforderungen eines allgemeinen Bildungsabschlusses in dieser Bevölkerungsgruppe vorliegen. Das Deprivationskonzept ist auf die Ressourcennutzung ausgerichtet und offenbar sind Einpersonenhaushalte in diesem Konzept durch einen Lebensstandard gekennzeichnet, der unterhalb des allgemeinen Lebensstandards in der Gesellschaft liegt. Neben diesen beiden Abweichungen zeigen sich in den übrigen soziodemographischen Gruppen hingegen deutliche Übereinstimmungen. Das heißt, unabhängig von der Art der Armutsberechnung werden im Großen und Ganzen dieselben Problemgruppen der Armut identifiziert.

Dieses für die Armutsforschung zunächst beruhigende Ergebnis weist jedoch eine Reihe von z. T. gravierenden Unterschieden in den Größenordnungen auf. So leben nach dem Unterversorgungskonzept 42 % der Menschen in Haushalten mit fünf und mehr Personen in Armut, aber nur 19 % nach dem Deprivationskonzept.⁸ Ähnlich verhält es sich bei den nicht-deutschen Personen oder den Personen mit Hauptschulabschluss. Hier weist das Unterversorgungskonzept eine Größe von 50 % der nicht-deutschen sowie 49 % der Hauptschulabsolventen aus, das Deprivationskonzept nur 28 % bzw. 25 %. Die berichteten Unterschiede beschränken sich nicht auf diese beiden Armutsmaße, sondern treten hier nur am deutlichsten hervor. Je nach

Messkonzept werden unterschiedliche Armutskonzentrationen gefunden.

Jede Methode der Armutsmessung ist für einzelne Sozialmerkmale besonders sensibel, so dass die Armutsgruppen unterschiedlich zusammengesetzt werden. Aus methodologischen Gründen ist dieses Ergebnis wenig überraschend, da die Zuordnungs- oder Messprinzipien der einzelnen Methoden der Armutsmessung einem je eigenen Bias folgen. So berücksichtigt bspw. das Unterversorgungskonzept im Unterschied zu den anderen Vorgehensweisen direkt die Wohnraumversorgung der Haushalte, und das Deprivationskonzept misst den Versorgungsgrad mit Ausstattungsgegenständen. In der folgenden Tabelle 6 wird der Zusammenhang zwischen der Konstruktion des Messinstruments und zentralen Kennziffern der Lebenslage dargestellt.

Aus der Tabelle wird ersichtlich, dass je nach Messkonzept ein unterschiedliches Ausmaß an Defiziten oder Mangelsituationen identifiziert wird. Die Verteilungen spiegeln unmittelbar die Konstruktionsprinzipien der vier Armutsmaße wider. So rangiert das äquivalenzgewichtete Pro-Kopf-Einkommen in der Gruppe der Sozialhilfeberechtigten mit 680 DM am untersten Rand, gefolgt von der Gruppe der Einkommensarmen (732 DM) und der Unterversorgungsarmen (935 DM). Die Gruppe der Deprivationsarmen weist mit 1134 DM ein Einkommensniveau auf, das deutlich über der 50 %-Armutsschwelle liegt und in etwa der 60 %-Schwelle des Niedrigeinkommens entspricht. Andererseits weist diese Gruppe den mit Abstand höchsten Wert (deprivierte Lebenslage) auf dem proportionalen Deprivationsindex auf. Das heißt, dass auch ein relativ hohes Einkommen in diesem Messkonzept nicht vor einer Armutsklassifikation schützt (vgl. auch Andreß 1999). Weiterhin weist diese Gruppe eine Wohnfläche pro Kopf auf, die

⁸ Zu den in der Abbildung 1 ausgewiesenen Abweichungen müssen noch die Durchschnittsarmutsquoten für jedes Messkonzept hinzuaddiert werden, z.B.: Unterversorgungsquote = 14,3 % + positive Abweichungen bei den Fünfpersonenhaushalten von 27,7 % = 42 % Armutsanteil in dieser Haushaltskategorie.

situation Armut unabhängig vom Berechnungsweg einheitlich erfasst wird und in allen vier Armutsgruppen gleichermaßen abgelesen werden kann. Lediglich bei den Indikatoren des Lebensstandards und bei den Verschuldungstems zeigen sich Abweichungen. Insgesamt liegen die Kurven der Unterversorgungs- und der Einkommensarmut sehr dicht beieinander, der Kurvenverlauf der Deprivationsarmut weist hingegen einen eigenständigen Charakter auf. Die Sozialhilfekurve verläuft mal näher an dieser Kurve und mal näher an den Kurven der Einkommens- und der Unterversorgungsarmut. Die Armutsgruppen der Deprivation ebenso wie die der Sozialhilfeberechtigten sind allerdings mit 9,5 % bzw. 8,8 % gegenüber der Gruppe der Einkommensarmut und der Armutsgruppe Unterversorgung mit 13,1 % respektive 14,3 % deutlich kleiner und mögen damit auch eine strengere Armutssituation aufweisen. Eine Einbeziehung der 40 %-Einkommensarmut („strenge Armut“) ebenso wie der 60 %-Einkommensarmut („Niedrigeinkommen“), die in der Stadt Gütersloh bei 5,8 % bzw. 21,4 % liegen, zeigt, dass mit der Ausnahme der Deprivationsarmut die übrigen Armutsmaße innerhalb des so abgegrenzten Armutskorridors liegen (Analyse hier nicht ausgewiesen). Die Deprivationsarmut weist größere Defizite in den Indikatoren der finanziellen Ausstattung des Haushalts und in der Bewertung des gesundheitlichen Befindens auf (vgl. Abb. 2).

Über alle vier Armutsmaße hinweg wird deutlich, dass Armut – wie zu erwarten war – mit Einschränkungen im Lebensstandard und mit Unsicherheiten einhergeht: So berichtet etwa ein Drittel der Armutspopulation, dass der Haushalt verschuldet ist, kaum finanzielle Rücklagen vorhanden sind und Anschaffungen über Kredit finanziert werden müssen. Den baulichen Zustand des Wohnhauses schätzen knapp die Hälfte der Armutspopulation als renovierungsbedürftig ein. Auffallend ist der einheitlich hohe Anteil an Personen, die gesundheitliche Beeinträchtigungen berichten. Ein Blick auf die Bewältigungsstrategien der Armut lässt das völlig

deckungsgleiche Muster des „Verzichts“ hervortreten. Wenn es nötig wird, dann wird unabhängig von der Berechnungsmethode der Armut zunächst in den Bereichen Freizeit/Hobby/Urlaub, Auto und Tabak/Getränke gespart. Daran anschließend werden die Bereiche Essen, Körperpflege/Kosmetik, Bekleidung und Haushalt/Möbel auf Einsparpotentiale durchleuchtet. Wenig überraschend ist, dass nicht im Bereich Gesundheit gespart werden soll. Hier können keine armutsgruppenspezifische Bewältigungsstile erkannt werden. Werden die Belastungsindikatoren und die Bewältigungsstrategien resümierend betrachtet, so zeigen sich nicht zu übersehende Gemeinsamkeiten zwischen den vier Armutsgruppen.

Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Zuordnungsprinzipien und der ungleichen Größenordnungen einzelner Risikogruppen der Armut (vgl. Tab.6 sowie Abb.1) soll abschließend die Frage aufgegriffen werden, in welchem Umfang die vier Armutsgruppen sich überschneiden, also dieselben Personen als „arm“ identifiziert werden. Eine entsprechende Berechnung zeigt, dass über alle vier Messmethoden hinweg knapp vier Fünftel aller Personen (77,8 %) nicht arm sind. Etwas mehr als jeder Fünfte (22,2 %) ist nach einem der vier Armutskriterien als arm einzustufen. In Tabelle 7 sind die Schnittmengen der vier Armutsmaße dargestellt.

Grundlage der Schnittmengenberechnungen in Tabelle 7 sind die jeweils paarweisen Überlappungen. Das heißt, von den Fällen, die dem Einkommensmaß und/oder dem Unterversorgungsmaß zugehören, sind 50,8 % der Fälle in beiden Maßen als arm und 49,2 % uneinheitlich klassifiziert. Dabei ist zu beachten, dass aus rein mathematischen Gründen größere Überlappungen zwischen etwa gleich großen Gruppen erreicht werden können als zwischen sehr ungleich großen Gruppen, da hier die Wahrscheinlichkeit, dass ein Element aus einem extensiveren Maß zugleich auch in die Gruppe des restriktiveren Maßes fällt, geringer ist (vgl. auch Andreß 1999: 130 ff.). Die größte Übereinstimmung kann

Tabelle 7 Paarweise Schnittmengen der Armutsmaße
Prozentangaben der jeweils paarweisen Überlappungen

	Einkommen	Unterversorgung	Deprivation	Sozialhilfe
Einkommen	–			
Unterversorgung	50,8	–		
Deprivation	23,7	26,5	–	
Sozialhilfe	62,4	40,4	25,3	–

Datenbasis: Sozial- und Armutsbericht der Stadt Gütersloh 1997, N = 398.

zwischen der Einkommens- und der Gruppe der Sozialhilfearmen erkannt werden (62,4 %). Auch zwischen der Gruppe der Einkommens- und Unterversorgungsarmen liegt die Überlappung mit 50,8 % recht hoch. Geringer fallen die paarweisen Überschneidungen zwischen der Unterversorgungsarmut und den Sozialhilfe- bzw. Deprivationsklassifikationen aus (40,4 % bzw. 26,5 %). Die Gruppe der Deprivationsarmen weist die insgesamt geringsten Überschneidungen mit den drei anderen Klassifikationen auf: 26,5 % zur Unterversorgungs-, 25,3 % zur Sozialhilfe- und 23,7 % zur Einkommensarmut. Andreß (1999) stellt allerdings größere Überlappungen zwischen der Gruppe der Einkommensarmen und der Gruppe der Deprivationsarmen fest.

Wird die Schnittmengenberechnung aus Tabelle 7 verlängert zu den Überlappungen zwischen drei oder vier Armutmaßen, so zeigt sich, dass nur 2,9 % aller Personen nach allen vier Kriterien als arm anzusehen sind. Hieraus kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass entweder die Armutmaße zu weit gefasst sind, da womöglich nur 2,9 % der Bevölkerung in Armut leben, oder dass die Armutmaße zu eng gefasst sind, da letztlich bis zu 22,2 % der Bevölkerung nach dem einen oder anderen Kriterium in Armut leben und entsprechend gezählt werden sollten. Diese Frage lässt sich nicht abschließend beantworten. Die sozialpolitischen Konsequenzen sind aber offenkundig: Aus einem Reservoir von 22 % der Bevölkerung, die nach dieser Analyse als potentiell arm angesehen werden können, wird je nach Messmethode der Armut mal eine Person als arm herausgegriffen und mal nicht. Nur in jeder achten Armutsklassifikation (die 2,9 % vierfach-Armen) wird unabhängig von der Messmethode auf jeden Fall „richtig“ klassifiziert. Dieses Ergebnis kann nicht als zufriedenstellend angesehen werden.

5. Diskussion

Dieser Beitrag hatte zum Ziel, die vier etablierten Methoden der Armutsmessung vergleichend darzustellen, um mögliche Unterschiede in den Klassifizierungsprinzipien aufzudecken. Obwohl sich unabhängig von dem Berechnungsweg über alle vier Maße ein einheitliches soziodemographisches Muster zeigt, in dem nicht-deutsche Personen, Personen in großen Haushalten, Personen mit geringen Bildungsabschlüssen sowie jüngere Personen ein erhöhtes Armutsrisiko tragen, werden in den einzelnen Armutskonzepten diese Hauptrisikogruppen

der Armut in unterschiedlicher proportionaler Größenordnung gebündelt. Alle vier Armutsklassifikationen sind zugleich durch ähnliche psychische Belastungssyndrome und Bewältigungsstrategien der Armut gekennzeichnet. Werden die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der vier Armutgruppen bzw. -maße summarisch betrachtet, so fällt das Resümee auf Grund der sehr ähnlichen Lebenssituation armer Menschen zugunsten der Gemeinsamkeiten aus. Dieses Ergebnis ist für die Armutsforschung entlastend. Die Vermutung, dass mit der Messanweisung der Armut größere Variationen einhergehen und insbesondere das Konzept der Einkommensarmut zu einseitig sei, kann nach diesen Ergebnissen nicht bestätigt werden. Gerade die Messungen nach dem Einkommens- und dem Unterversorgungskonzept stimmen in vielen Punkten überein.

Etwas deutlichere Abweichungen der Einkommensarmen zeigen sich im Vergleich zur Deprivations- und Sozialhilfearmut, die offensichtlich eigenständige Armutssituationen ausweisen. So ist die Gruppe der Deprivationsarmen durch eine eigentümliche Kombination von einer deutlich unterdurchschnittlichen Ausstattung mit Elementen des allgemeinen Lebensstandards und einem vergleichsweise hohen Durchschnittseinkommen gekennzeichnet, das als solches keineswegs zu einer Klassifikation als „arm“ führen würde. Hier drängt sich die Frage auf, in welchem Umfang sich Menschen „aus finanziellen Gründen“ bestimmte Dinge nicht leisten können und entsprechend als arm gezählt werden, obwohl bei ihnen aus lebensstilspezifischen Präferenzsetzungen das individuelle Budget auf andere Dinge des Lebens verteilt wird. Weiterhin ist zu bedenken, dass viele Gegenstände und Ausstattungsmerkmale eines „unbedingt notwendigen“ Lebensstandards sich im Lebensverlauf akkumulieren, die bei jungen Personen und/oder Haushalten aber noch weitgehend fehlen oder nicht gewünscht werden (bspw. finanzielle Rücklagen zu haben oder in einer guten Wohngegend zu wohnen). Das heißt, dass überproportional junge Personen als arm klassifiziert werden, wie es auch hier geschehen ist (vgl. Abb. 1). Die Gruppe der Sozialhilfearmen weist ebenfalls einen geringen Lebensstandard auf, verfügt jedoch zugleich über ein nur sehr geringes Pro-Kopf-Einkommen, das nach dem Kriterium der Einkommensarmut sogar als „strenge Armut“ (40 % des Durchschnittseinkommens) zu zählen wäre.

Das Unterversorgungskonzept ist konstruktionsbedingt sensibler für die Erfassung von Menschen, die in großen Haushalten leben. Eine mangelnde

Versorgung mit Wohnraum schlägt hier zu Buche. Sicherlich kann eingewandt werden, dass die Operationalisierung des Unterversorgungskonzepts in dem ein oder anderen Punkt hätte anders vorgenommen werden können, jedoch erfolgte die Operationalisierung im Wesentlichen entsprechend der gängigen Praxis. Sowohl die Armutsquote als auch die Unterversorgungsquoten in den einzelnen Lebensbereichen stimmen mit den Ergebnissen anderer Arbeiten überein (vgl. Hanesch 1994; Zimmermann 1998).

Das Einkommenskonzept ist insofern „neutral“, weil es auf Grund seiner weiten Verbreitung den Grundkonsens der Armutsbefunde repräsentiert, die allerdings auch konstruktionsbedingt sind: Hier wird deutlich, dass (ebenso wie im Unterversorgungskonzept) insbesondere nicht-deutsche Personen in Armut leben. Ein besonderes Problem der Einkommensarmut besteht in der Fixierung auf das monatliche Haushaltsnettoeinkommen, das in einzelnen Fällen erheblich von dem Jahreseinkommen abweichen kann. Dieser Zusammenhang wird noch dadurch verkompliziert, da die auch in den mittleren Einkommensklassen wachsenden Einkommensbestandteile aus Vermögenseinkünften in dem Messkonzept nicht berücksichtigt werden. Ein weiteres Problem, das alle Armutsmessungen betrifft, hier aber besonders hervortritt, ist die zunehmende Verschuldung einzelner Haushalte, die nicht berücksichtigt wird, obwohl die Kreditraten die Haushaltseinkommen langfristig unterhalb der Armutsschwelle drücken können (Korczak/Pfefferkorn 1992).

Je nach gewähltem Weg der Armutsmessung werden somit unterschiedliche Akzente gesetzt, und die vier überprüften Ansätze der Armutsmessung sind ungleich sensibel für die Erfassung bestimmter Bevölkerungsgruppen in Armut. Dies ist das eigentliche Ergebnis der Analyse, das nicht ganz unproblematisch ist, können doch erhebliche sozialpolitische Konsequenzen mit der messspezifischen Identifizierung von Hauptrisikogruppen der Armut einhergehen. Schon 1982 stellten Kohl/Leisering in Bezug auf Daten der frühen 1970er Jahre fest: „Je nach Armutsgrenze rücken andere Problemgruppen und eventuell verschiedene Ursachenbündel in den Vordergrund, die unterschiedliche Strategien der Armutsbekämpfung nahelegen“ (Kohl/Leisering 1982: 416). An dieser Feststellung hat sich wenig geändert. Dass nur 2,9 % aller Personen nach allen vier Messanweisungen, aber zugleich 22 % nach einem der vier Kriterien als in Armut lebend identifiziert werden, reflektiert die unterschiedlichen Klassifizierungspraxen der vier Messmethoden und

macht zugleich deutlich, wie ähnlich depriviert die Lebenslage der Menschen im unteren Einkommensbereich ist. Arme sind damit auch keine abgrenzbare Gruppe am Rande der Gesellschaft, sondern ein Personenkreis, der eine inferiore Stellung im gesellschaftlichen Gefüge sozialer Ungleichheit einnimmt. Die Übergänge zu den nicht-armen Personen sind fließend. In Anlehnung an Hauser (1999: 138 f.) kann die Gruppe der 2,9 % vierfacher Armen auch als „Unterklasse“ begriffen werden. Offen bleibt aber, ob die Kriterien der Dauerhaftigkeit dieser Lebenslage sowie die Selbstwahrnehmung als „Klasse für sich“ gegeben sind (ebd.; vgl. hierzu auch Devine/Wright 1993).

Die Armutskonzepte können durchaus theoretisch begründet werden, bspw. die Bedürftigkeit als wesentliches Merkmal von Armut im Sozialhilfekonzent (Simmel 1995; Leibfried/Leisering u. a. 1995; Jacobs 1995) oder die Teilhabe am unbedingt notwendigen Lebensstandard im Deprivationskonzept (Townsend 1979; Mack/Lansley 1995; Andreß 1999). Die theoretischen Zugänge werden jedoch bei der Bestimmung der armen Population wieder von dem Problem der Operationalisierung und der Schwellensetzung eingeholt. Eine Näherungsstrategie, mittels mehrerer Messkonzepte von Armut eine Größenordnung zu bestimmen, stößt wiederum auf das Problem, dass nur eine Plausibilitätsgröße der Armut genannt werden kann, zumal je nach Konzept unterschiedlich stark besetzte Risikogruppen der Armut identifiziert werden.

Die Armutsberechnungen können generell methodologisch unter dem Gesichtspunkt der angemessenen Auswahl von Messindikatoren interpretiert werden. Für die Ermittlung der Armutsquoten ist aber letztlich die Setzung der Schwellenwerte entscheidend: Wird Armut bei drei anstatt bei zwei Unterversorgungslagen (im Unterversorgungskonzept) bzw. bei 20 % anstatt bei 25 % fehlender „lebensnotwendiger Items“ (Deprivationskonzept) angenommen, so verringern (im ersten Fall) oder erhöhen (im zweiten Fall) sich entsprechend die Armutsquoten. Ähnlich verhält es sich im Einkommenskonzept, in dem sich die Quoten verringern, wenn von der 50 %-Schwellensetzung („Armut“) zur 40 %-Schwelle („strenge Armut“) gewechselt wird. Die Sozialhilfearmut ist insofern aus diesem Dilemma entkoppelt, da die Anpassung der Eckregelsätze durch die Politik festgesetzt wird. Aber auch hier wird darüber diskutiert, inwieweit die Bedarfe (die Eckregelsätze) für die einzelnen Haushaltsmitglieder angemessen gewählt sind (Faik 1997). Lediglich das Deprivationskonzept vermag über die Ermittlung des von der Bevölkerung selbst

als notwendig angesehenen Lebensstandards einen Hinweis auf eine raum-zeitlich fixierte Armutslage in einer konkreten Gesellschaft zu geben. Allerdings bleibt auch hier unbestimmt, ob das Fehlen von 10 %, 20 % oder 30 % der als notwendig erachteten Dinge bzw. die untersten 10 % oder 20 % auf dem proportionalen Deprivationsindex eine Armutslage bestimmen.

Ausgehend von dem Grundverständnis, dass relative Armut über den Ausschluss von den ökonomischen, sozialen und kulturellen Mindeststandards einer Gesellschaft bestimmt ist (Europäische Kommission 1995; Hauser 1995), können alle vier Berechnungswege akzeptiert werden. Eine Empfehlung in Richtung eines „besten“ Messkonzepts der Armut kann nicht gegeben werden. Solange keine stärker theoretisch begründete und empirisch operationalisierbare Schwellensetzung der Armut vorliegt, wird der induktive Weg der empirischen Ermittlung der Schwellenwerte die Brücke zwischen einer Soziologie der Armut und den Indikatoren der sozialen Ungleichheit bilden. Wahrscheinlich ist eine Einigung auf ein „richtiges“ Armutmaß auch gar nicht möglich, da alle Konzepte verschiedene Aspekte der Armut beleuchten und damit dem Facettenreichtum der Lebenslage Armut entsprechen. Allenfalls eine Armutsberechnung analog der Berechnung der Sozialhilfeberechtigten, in der nicht

mit den Regelsätzen des Gesetzgebers (BSHG), sondern mit Bedarfsansätzen und Bedarfsgewichten gerechnet wird, die durch ein wissenschaftlich besetztes Gremium anhand bspw. der Einkommens- und Verbrauchstichprobe kontinuierlich aktualisiert werden, könnte eine Orientierung liefern.¹⁰ Diese Berechnungen müssten dann noch um die Schuldenbelastungen sowie die Vermögenseinkünfte der Haushalte erweitert und insgesamt auf Jahreseinkommen umgestellt werden. Der nun in Auftrag gegebene Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird sicherlich zur weiteren Klärung der hier gestellten Fragen beitragen.

¹⁰ Die Armutsmessung der U.S. Regierung kann hier in gewisser Weise als Vorbild angesehen werden. Dort misst das U.S. Census Bureau die Einkommensarmut anhand von offiziellen Armutsgrenzen (U.S. Bureau of the Census, Office of Management and Budget, Statistical Policy Directive No. 14, 1978). Die Armutsgrenzen orientieren sich an der Familiengröße, an dem Geschlecht des Haushaltsvorstandes, an der Anzahl der Kinder unter 18 Jahren sowie an der Unterscheidung nach landwirtschaftlicher oder nicht-landwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit. Für jedes Jahr werden neu aktualisierte Tabellen der Armutsgrenzen veröffentlicht. Im Jahr 1998 lag bspw. die Armutsgrenze für eine vierköpfige Familie mit zwei Kindern unter 18 Jahren bei \$ 16.530 Jahreseinkommen. Wer unter diese Grenze fällt, wird als arm gezählt.

Anhang

Verteilungsinformationen zu den Indikatoren in Abbildung 2

Item, Frageformulierung	Skalierung	Mittelwert (Median)	Std. Abw	Ausgewiesene Kategorie(n)
1 Wie viele Autos haben Sie in Ihrem Haushalt?	Offen	1,28 (1)	0,76	0
2 Wie viele Wochen waren Sie im letzten Jahr verreist?	0, 1, 2, 3, 4+ Wochen	2,97 (3)	1,48	0
3 Wie beurteilen Sie den Zustand des Hauses, in dem Sie wohnen?	1 guter Zustand, 2 teilw. renovierungsbedürftig, 3 ganz renovierungsbedürftig, 4 abbruchreif	1,30 (1)	0,51	2–4
4 Wie lange könnten Sie in einer Notsituation von Ihren Rücklagen leben?	offen (0–99 Monaten)	9,77 (6)	11,8 7	0
5 Wenn Sie eine größere Anschaffung tätigen wollen (ca. 3000 DM), wie würden Sie das finanzieren?	1 aus laufenden Einnahmen 2 aus Ersparnissen 3 auf Kredit	(2)		3
6 Viele Menschen sind heute verschuldet. Wie ist Ihre Situation? Haben sie private Schulden (ohne Schulden für Haus- oder Wohnungseigentum)?	1 ja 0 nein	(0)		1

Item, Frageformulierung	Skalierung	Mittelwert (Median)	Std. Abw	Ausgewiesene Kategorie(n)
7 Wenn ja (Haushalt ist verschuldet), machen Ihnen die Schulden zu schaffen?	1 sehr stark, 2 stark, 3 weniger stark, 4 gar nicht	2,75 (3)	0,94	1
8 In welchem Maße ist Ihr Alltag so allgemein für Sie nervlich (psychisch) belastend (Familie und Beruf)?	1 sehr belastend, 2 belastend, 3 kaum belastend, 4 gar nicht belastend	2,64 (3)	0,81	1
9 Wie schätzen Sie insgesamt Ihren Gesundheitszustand ein?	1 sehr gut – 10 sehr schlecht	3,46 (3)	1,95	5–10

Wenn das Geld, welches Sie zur Verfügung haben, knapper wird, woran würden Sie zuerst sparen?	Prioritätenskala, nur eine Antwortmöglichkeit	Prozentangaben für „ja“
10 Wenn nötig, sparen bei Versicherungen	1 ja, 2 nein	3,0
11 Wenn nötig, sparen beim Essen	1 ja, 2 nein	2,1
12 Wenn nötig, sparen bei Kosmetik/Körperpflege	1 ja, 2 nein	4,5
13 Wenn nötig, sparen bei Bekleidung	1 ja, 2 nein	8,8
14 Wenn nötig, sparen bei Haushalt/Möbel	1 ja, 2 nein	28,3
15 Wenn nötig, sparen bei Freizeit/Hobby/Urlaub	1 ja, 2 nein	28,3
16 Wenn nötig, sparen beim Auto	1 ja, 2 nein	19,4
17 Wenn nötig, sparen bei Gesundheitsmaßnahmen	1 ja, 2 nein	0,6
18 Wenn nötig, sparen bei Tabak/Getränke	1 ja, 2 nein	11,8

Datenbasis: Sozial- und Armutsbericht der Stadt Gütersloh 1997, N = 1988–2274.

Literatur

- Andref, H.-J., 1995: Armut im vereinten Deutschland. Sammelbesprechung. *Soziologische Revue* 18: 187–196.
- Andref, H.-J., 1999: Leben in Armut. Analyse der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Andref, H.-J. / Lipsmeier, G., 1995: Was gehört zum notwendigen Lebensstandard und wer kann ihn sich leisten? *Aus Politik und Zeitgeschichte* B31–32/95: 35–49.
- Andref, H.-J. / Lipsmeier, G., 1998: Kosten von Kindern. Auswirkungen auf die Einkommensposition und den Lebensstandard der betroffenen Haushalte. S. 26–50 in: A. Klocke / K. Hurrelmann (Hrsg.), *Kinder und Jugendliche in Armut*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Andref, H.-J. / Burkatzki, E. / Lipsmeier, G. / Salentian, K. / Schulte, K. / Strengmann-Kuhn, W., 1996: Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Endbericht des DFG Projektes „Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommensbereich“. Universität Bielefeld.
- Barlösius, E., 1995: Armut und Soziologie in Deutschland. *Leviathan* 23: 530–546.
- Barlösius, E., 1998: Leben mit Sozialhilfe – Die Bilanz der „dynamischen Armutsforschung“. *Besprechungssay*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50: 569–574.
- Becker, I. / Hauser, R. (Hrsg.), 1997: *Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?* Frankfurt, Main/New York: Campus.
- Böhnke, P. / Delhey, J., 1999: *Lebensstandard und Armut im vereinten Deutschland*. Arbeitspapier FS III 99–408 der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“ im Forschungsschwerpunkt III. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Devine, J. A. / Wright, J. D., 1993: *The Greatest Of Evils. Urban Poverty and the American Underclass*. New York: De Gruyter.
- Eggen, B., 1998: *Privathaushalte mit Niedrigeinkommen*. Band 100 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit. Baden-Baden: Nomos.
- Europäische Kommission, 1995: *Weißbuch Europäische Sozialpolitik. Ein zukunftsweisender Weg für die Union*. Luxemburg.
- Faik, J., 1997: *Institutionelle Äquivalenzskalen als Basis von Verteilungsanalysen – Eine Modifizierung der Sozialhilfeskala*. S. 13–42 in: I. Becker / R. Hauser (Hrsg.), *Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?* Frankfurt, Main/New York: Campus.
- Gabler, S. / Hoffmeyer-Zlotnik, J. / Krebs, D. (Hrsg.), 1994: *Gewichtung in der Umfragepraxis*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Giddens, A., 1989: *Sociology*. Oxford: Oxford University Press.

- Glatzer, W. / Hübinger, W. (1990): Lebenslagen in Armut. S. 31–55 in: D. Döring / W. Hanesch / E.-U. Huster (Hrsg.): Armut im Wohlstand. Frankfurt, Main: Suhrkamp.
- Glatzer, W. / Noll, H.-H., 1995: Soziale Indikatoren XVIII. Getrennt vereint. Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung. Frankfurt, Main, New York: Campus.
- Habich, R. / Krause, P., 1997: Armut. S. 515–525 in: Datenreport 1997, hrsg. vom Statistischen Bundesamt. Bonn.
- Halleröd, B. / Bradshaw, J. / Holmes, H., 1997: Adapting the consensual definition of poverty. S. 213–234 in: D. Gordon / C. Pantazis (Ed.), *Breadline Britain in the 1990s*. Aldershot: Ashgate.
- Hanesch, W. / Adamy, W. / Martens, R. / Rentzsch, D. / Schneider, U. / Schubert, U. & Wißkirchen, M., 1994: Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Reinbek: Rowohlt.
- Hauser, R., 1995: Das empirische Bild der Armut in der Bundesrepublik – ein Überblick. Aus Politik und Zeitgeschichte. B 31–32/95: 3–13.
- Hauser, R., 1998: Einkommen und Vermögen. S. 154–167 in: B. Schäfers / W. Zapf (Hrsg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Opladen: Leske+Budrich.
- Hauser, R., 1999: Tendenzen zur Herausbildung einer Unterklasse? Ein Problemaufriss aus sozio-ökonomischer Sicht. S. 133–145 in: W. Glatzer / I. Ostner (Hrsg.), *Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen*. Opladen: Leske+Budrich.
- Hauser, R. / Hübinger, W., 1993: Arme unter uns Teil I und II. Ergebnisse und Konsequenzen der Caritas-Armutuntersuchung. Freiburg: Lambertus.
- Hradil, S., 1987: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Opladen: Leske+Budrich.
- Hübinger, W., 1996: Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit. Freiburg: Lambertus.
- Hurrelmann, K. / Klocke, A. / Palentien, C. / Schweins, W. (1998): Familien- und Sozialbericht der Stadt Gütersloh. Universität Bielefeld, Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik.
- Jacobs, H., 1995: Armut. Zum Verhältnis von gesellschaftlicher Konstituierung und wissenschaftlicher Verwendung eines Begriffs. *Soziale Welt* 46: 403–421.
- Kölling, A., 1999: Armutsmaße für die Bundesrepublik Deutschland. Berechnungen mit den Daten des Europäischen Haushaltspanels. *Wirtschaft und Statistik*: 479–492.
- Kohl, J. / Leisering, L., 1982: Armut und Arbeitsmarkt: Wo ist der Zusammenhang? Ein Diskussionsbeitrag zu dem Aufsatz von Rolf G. Heinze et al. *Zeitschrift für Soziologie* 11: 410–428.
- Korczak, D. / Pfefferkorn, G., 1992: Überschuldungssituation und Schuldnerberatung in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie und Senioren Band 3. Stuttgart: Kohlhammer.
- Leibfried, S. / Leisering, L. / Buhr, P. / Ludwig, M. / Mädje, E. / Olk, T. / Voges, W. / Zwick, M., 1995: *Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat*. Frankfurt, Main/New York: Suhrkamp.
- Lipsmeier, G., 1999: Die Bestimmung des notwendigen Lebensstandards – Einschätzungsunterschiede und Entscheidungsprobleme. *Zeitschrift für Soziologie* 28: 281–300.
- Mack, J. / Lansley, S., 1985: *Poor Britain*. Hemel Hempstead: Allen & Unwin.
- Muffels, R. J.A., 1993: Welfare economic effects of social security. Essays on poverty, social security and labour market: evidence from panel data. Tilburg: KUB.
- Neumann, U. / Hertz, M., 1998: Verdeckte Armut in Deutschland. Forschungsbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung. Frankfurt, Main.
- Olk, T. / Rentzsch, D., 1997: Armutsverläufe – erste Ergebnisse einer Kohortenanalyse Hallenser Sozialhilfeempfänger(innen). S. 161–184 in: I. Becker / R. Hauser (Hrsg.), *Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?* Frankfurt, Main/New York: Campus.
- Piachaud, D., 1992: Wie misst man Armut? S. 63–87 in: S. Leibfried / W. Voges (Hrsg.), *Armut im modernen Wohlfahrtsstaat*. Sonderheft 32 der KZfSS. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Ramprakash, D., 1994: Poverty in the countries of the European Union: A synthesis of Eurostat's statistical research on poverty. *Journal of European Social Policy* 4: 117–128.
- Rothe, G., 1990: Wie (un)wichtig sind Gewichtungen? Eine Untersuchung am ALLBUS 1986. *ZUMA Nachrichten* 14: 31–55.
- Simmel, G., 1995, 1908: *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Der Arme*. S. 512–555. Frankfurt, Main: Suhrkamp.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1998: *Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1998*. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Strohmeier, K.-P. (o.J.): *Armut in Nordrhein-Westfalen. Umfang und Struktur des Armutspotentials. Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung. Ruhr-Universität Bochum*.
- Townsend, P., 1979: *Poverty in the United Kingdom. A Survey of Household Resources and Standard of Living*. Harmondsworth: Penguin.
- Wagner, G., 1991: Die Erhebung von Einkommensdaten im Sozio-ökonomischen Panel (SOEP). S. 26–33 in: U. Rendtel / G. Wagner (Hrsg.), *Lebenslagen im Wandel. Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984*. Frankfurt, Main/New York: Campus.
- Weik, S., 1996: Zunehmende Kinderarmut in Deutschland? ISI, Informationsdienst Soziale Indikatoren (ZUMA) 15: 1–3.
- Weisser, G., 1956: *Wirtschaft*. S. 970–1101 in: W. Ziegenfuss (Hrsg.): *Handbuch der Soziologie*. Stuttgart: Enke.
- Zimmermann, G., 1993: Armut: Konzepte, Definitionen und Operationalisierungskonzepte in der BRD. *Soziale Probleme* 2: 193–228.
- Zimmermann, G., 1998: Armut. S. 34–49 in: B. Schäfers / W. Zapf (Hrsg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Opladen: Leske+Budrich.